



## Standortpolitik unternehmensnah gestalten

*Berlin war vor der Corona-Krise ein Paradebeispiel für das Zusammenspiel von wirtschaftlichem Erfolg und steigender Attraktivität eines Standorts. Das Unternehmertum wird der Stadt auch in Zukunft wieder neue Impulse verleihen, wenn wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen und Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen vermieden werden.*

### Metropolregion

#### Berlin-Brandenburg stärken

In kaum einer anderen deutschen Metropolregion sind Unternehmen und Arbeitsmärkte zweier Bundesländer ähnlich eng verflochten wie in der Hauptstadtregion. Mit einem gemeinsamen Metropolraummanagement beider Länder kann die Entwicklung der Region auf allen Ebenen gemeinsam gedacht und angegangen werden. Insbesondere in den Themenfeldern Bildung, Wohnen, Verkehr, Energie und Klimaschutz, der Ansiedlung von Unternehmen sowie der Digitalisierung müssen gemeinsame Vorhaben vereinbart und messbare Ziele vereinbart werden.

#### Start-ups sowie Grown-ups mit etablierten Unternehmen vernetzen

Start-ups sowie Grown-ups, etablierte Unternehmen und Wissenschaft

benötigen mehr Orte als bisher, an denen persönliches Kennenlernen und gemeinsames Arbeiten möglich sind. Dafür müssen Flächen in attraktiver Lage und mit moderner Infrastruktur entwickelt werden – auch in Kooperation mit interessierten ressourcenstarken Unternehmen. Die Landespolitik muss einen positiven Bezug zu expansionswilligen Unternehmen, zumal aus der Tech-Szene, entwickeln und bei diesen für den Standort werben. Auch für KMUs, die Company Builder aufbauen wollen, muss Berlin als Standort der ersten Wahl etabliert werden.

Darüber hinaus gilt es, die Gründungsförderung mit erheblich größeren Mitteln als bisher auszustatten und den Finanzierungsrahmen über mehrere Jahre zu sichern.

### FORDERUNGEN

- Metropolraummanagement beider Länder implementieren
- Tourismuskonzept in eine Post-Corona-Wachstumsstrategie überführen
- Clusterpolitik intensivieren

### Auf soziale Marktwirtschaft setzen

Die mittel- bis langfristige Überwindung der Krise muss an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet sein. Die Corona-Krise hat zwar gezeigt, dass bestimmte staatliche Markteingriffe wie finanzielle Soforthilfen oder die Aussetzung von Insolvenzantragsfristen in Krisensituationen notwendig werden. Fehlentwicklungen wie z. B. fehlender Wohn- und Gewerberaum haben ihre Ursache aber weder in der Pandemie noch in einem Marktversagen, sondern in politischen Entscheidungen. Rechtliche, politische und finanzielle Einflussnahmen des Senats dürfen nicht zum Nachteil privater Investoren werden. Eine Willkommenskultur für Unternehmen ist für den wirtschaftlichen Erholungsprozess unabdingbar.

### Finanzpolitik ohne Steuererhöhungen

Mit mehr als einer Billion Euro stemmen sich Bund und Länder gegen die Corona-Krise. Auch Berlin nimmt neue Schulden zur Abmilderung der Notlage auf. Steuererhöhungen wie eine Vermögenssteuer dürfen nicht das Mittel der Wahl sein, um Haushaltslücken zu schließen. Intelligente Steuerreformen – insbesondere im Bereich der Unternehmenssteuern – können dazu führen, öffentliche Haushalte nicht zu belasten und gleichzeitig Unternehmen

zu entlasten. Das Beispiel Grundsteuerreform zeigt, dass auch auf Länderebene einfache Modelle möglich sind. Andere Bundesländer wie Hamburg oder Bayern werden eine Vereinfachung der Berechnungsgrundlage durchführen und so die Belastung der Betriebe reduzieren – Berlin spricht sich hingegen für ein kompliziertes Bewertungsmodell aus.

### Auslandsgeschäft neu ausrichten

Der Berliner Außenhandel ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Insbesondere Unternehmen der Berliner Zukunftsbranchen sind im Auslandsgeschäft gut aufgestellt. In den weltweit wirtschaftlich unsicheren Corona-Zeiten benötigen Berlins international tätige KMU und Start-ups Unterstützung, um ihr Auslandsgeschäft neu auszurichten: Dafür muss zum einen die Arbeit der Berliner Wirtschaftsbüros in China und den USA evaluiert und ihr Serviceportfolio für Berliner Unternehmen bedarfsorientiert angepasst werden. Zum anderen müssen neue förderbare Maßnahmen in das Förderprogramm für Internationalisierung aufgenommen werden, z. B. länderspezifische Beratungsleistungen oder Marktstudien vor Ort, die das Geschäft der Berliner Unternehmen direkt im Ausland unterstützen.

### FORDERUNGEN

- Enteignung von privatem Wohneigentum verhindern
- Unternehmen entlasten durch Grundsteuerreform nach Flächenmodell
- Berliner Außenwirtschaft mit neuen Fördermaßnahmen beim Re-Start unterstützen



Von und nach Berlin **pendeln** mehr als eine **halbe Million Menschen** täglich. Die Entwicklung der Hauptstadtregion muss darum länderübergreifend gemanagt werden.

OnLine weiterlesen

